

Im Gespräch mit dem Präsidenten der LÄK Brandenburg, Dr. Udo Wolter

Große Erleichterung, aber auch große Bedenken

Nach einem anstrengenden zehnstündigen Sitzungs- und Abstimmungsmarathon am vorletzten Tag des 106. Deutschen Ärztetages in Köln bat das BÄB den Präsidenten der Landesärztekammer Brandenburg, Dr. Udo Wolter, in einem kurzen Interview um ein erstes kleines Fazit.

Herr Dr. Wolter, wie groß ist Ihre Erleichterung, dass die Beschlüsse zur Musterweiterbildungsordnung, die eigentlich schon vor einem Jahr in Rostock „durch“ schienen, nun in Köln das Plenum passierten?

Meine Erleichterung ist sehr groß. Ich bin froh, dass die Musterweiterbildungsordnung nach all den Attacken nun doch mit 130 zu 100 Stimmen angenommen wurde. Für die alte Weiterbildungsordnung von 1992, die wir in Brandenburg relativ spät – erst 1996 – umgesetzt hatten, wurde es höchste Zeit, dass sie abgelöst und bestimmte Dinge nun endlich angepasst werden konnten.

Die Weiterbildung liegt in der Verantwortung der Länder. Werden Sie die Kölner Beschlüsse, die nur Empfehlungscharakter besitzen, in Brandenburg 1:1 umsetzen können?

Alles, was wir hier in Köln diskutiert und schließlich beschlossen haben, halte ich für annehmbar. Wir sollten es deshalb auch so umsetzen. Ich glaube, es ist nicht sehr günstig, wenn die Weiterbildungsordnung eines Landes von der Musterordnung abweicht, weil sich daraus ernsthafte Probleme der An-



Dr. Udo Wolter wendet sich an die Delegierten des 106. Deutschen Ärztetages

erkennung für Kollegen bei einem Ortswechsel ergeben könnten.

Beim Schwerpunktthema Palliativmedizin herrschte hier in Köln selten erlebte Einmütigkeit unter den Delegierten. Wie ist es um diesen immer wichtiger werdenden Zweig der Medizin in Brandenburg bestellt?

Wir haben bereits einige „Zellen“ in Brandenburg. Zum Beispiel in den Ruppiner Kliniken eine Hospizbewegung, die ein Teil der palliativmedizinischen Versorgung ist. Ich favorisiere eine höhere Qualifikation der Kollegen für diesen Bereich und eine globalere Betrachtung der Behandlung Schwerstkranker. Der Richtungsbeschluss von Köln, seine Ausfüllung mit dem entsprechenden Gedankengut, wird auch in Brandenburg nicht lange auf sich warten lassen.

Mehrere Anträge auf eine 2. Lesung, zum Beispiel der von Ihnen gestellte zur Arbeitsmedizin oder der von Dr. Alder zur Psychoanalyse, wurden ziemlich rigide abgelehnt. Ist das nicht enttäuschend?

Die Wahl der Delegierten zum Ärztetag ist natürlich Sache der Länder. Wir in Brandenburg bemühen uns stets, möglichst viel Sachverstand mit zum Ärztetag zu bringen. Das scheint mir nicht überall der Fall zu sein. Ich hatte den Eindruck, dass einige Kollegen hier im Plenum über Fragen, die zur Entscheidung standen, nur wenig informiert waren. Mitunter wurden Dinge, die von der Basis an den Vorstand der Bundesärztekammer herangetragen und von diesem positiv beschieden worden waren, nun wieder abgelehnt. Das erschwert natürlich unsere Arbeit sehr.

Die von Gesundheitsministerin Schmidt geforderten Gesundheitszentren stoßen bei vielen Ärzten im Westen auf entschiedene Ablehnung, in den neuen Bundesländern indes, auch in Brandenburg, funktionieren einige recht gut. Ist das nicht ein Widerspruch?

Im Osten sind noch Strukturen da, stehen oft noch die alten Häuser früherer Polikliniken. Sie ließen sich leichter zu Gesundheitszentren umrüsten. Im Westen gibt es ganz andere, dezentralisierte Strukturen der ärztlichen Versorgung. Man müsste dort vielerorts neue Häuser für Gesundheitszentren bauen, was enorme Investitionen erfordern würde.

Natürlich sollte man Gesundheitszentren nicht von vornherein und total ablehnen, aber Gesundheitszentren, die ausschließlich von Krankenkassen geführt werden, können mit Sicherheit kein akzeptabler Weg sein. Sie machen freie Ärzte abhängig.

Stichwort Gesundheitspolitik. Was glauben Sie, kommt von Prof. Hoppes mahnenden Worten und von seinen Vorschlägen bei Gesundheitsministerin Schmidt an, was findet den Weg in deren Gesetzentwurf?

Ich befürchte, nicht sehr viel. Wenn Frau Schmidt will, kann sie alle nicht zustimmungspflichtigen Teile des Gesetzes umsetzen. Wir müssen die Opposition für unsere Bedenken sensibilisieren und sie – auf Länderebene, vor allem dort, wo die CDU regiert oder an der Regierung beteiligt ist – bitten, ihren Einfluss im Bundesrat zu nutzen, um den größten Unsinn zu verhindern. Wir müssen den Politikern klarmachen, dass bestimmte Dinge, die Frau Schmidt vor hat, so nicht gehen und das Referat von Prof. Hoppe sorgfältig analysieren, um Alternativen aufzuzeigen.

In Brandenburg werden wir mit dem Gesundheitsminister sprechen und dabei auch darauf hinweisen, dass die Bundesgesundheitsministerin betont hat, es gebe keine Rationierung im Gesundheitswesen. Das müsste dann auch bei der Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs zur Anerkennung von Bereitschaftsdienstzeit als Arbeitszeit gelten. Wird nicht bald etwas in dieser Richtung getan, werden wir gerade bei uns im Osten noch mehr Ärzte verlieren und einen noch größeren Ärztemangel zu verzeichnen haben. Das aber kann auch die Politik nicht wollen.

(Mit Dr. Udo Wolter sprach Hans-Albrecht Kühne)



Dr. Wolter im Gespräch mit Dr. Renate Schuster.